

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: 19.—25. Nov. 600 Milliarden R. Einzelne Nummern 100 Milliarden R.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 32 mm breite Grundzeile ober deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile ober deren Raum in amtlichen Zeilen 60 Pf., unter Eingeladn 90 Pf. — Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeltweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfikturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 269

Dresden, Dienstag, 20. November

1923

Das Mißtrauensvotum gegen Stresemann.

Die Haltung der sozialdemokratischen Partei.

Am Sonntag hat der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei bekanntlich seinem Führer und gegenwärtigen Reichskanzler Dr. Stresemann mit großer Mehrheit ein Mißtrauensvotum ausgesprochen, das gleichzeitig als Mißtrauensvotum gegen die oppositionellen und auf eine bedingungslose Zusammenarbeit mit der Deutschen Nationalen Volkspartei eingeschwenkte Minderheitsgruppe in der sozialdemokratischen Fraktion zu wirken ist. Eine Klärung hat sich aber bisher aus diesem Beschluß nicht ergeben, denn die Mehrheit, Quasä und Heintze scheinen auch weiterhin zu beabsichtigen,

als deutschnationale Vorposten in der Volkspartei und ihrer Reichstagsfraktion

zu verbleiben. Selbst wenn das nicht der Fall wäre und die deutschnationalen Volksparteiler aus dem Ergebnis der Zentralvorstandssitzung die für einen charakteristischsten Politiker selbstverständlichen Folgerungen gezogen hätten, würde das, so schreibt der Sozialdemokratische Parlamentsdienst, an der bisherigen Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Reichsregierung nichts ändern. „Denn auch die Rede des Reichskanzlers vor seinen Parteifreunden ist für uns alles andere als befriedigend. Kein Wort hat er dem Ausnahmezustand gewidmet, obwohl ihm genau bekannt sein dürfte, daß die in Thüringen eingesezte Reichswehr gerade gegenwärtig auf dem besten Wege ist, ähnliche Zustände zu schaffen wie in Sachsen, nachdem dort der sozialdemokratischen Regierung ebenfalls die

Vollzugsgewalt aus den Händen genommen wurde.

Auch gegenüber Bayern ist von einer Änderung in der bisherigen Haltung des Reiches nichts zu verspüren. Statt dessen glaubte der Reichskanzler, seine Vergangenheit rechtfertigen und einen Vergleich zwischen seinem Vorgehen gegen Sachsen und Thüringen und dem gegen Bayern abzulehnen zu müssen. Er hat sich bei dieser Gelegenheit offensichtlich einer Wahrheitsentstellung schuldig gemacht, als er die Behauptung aufstellte, daß in Bayern das Eigentum niemals bedroht worden sei und deshalb kein Anlaß zur Reichsbesetzung vorgelegen habe. Vielleicht gibt der bayerische Innenminister Dr. Schweyer dem Reichskanzler eine weitere Erklärung darüber, warum, mit seiner Zustimmung, Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterwehr in Bayern bewaffnet und an unruhigen Tagen in das Gebirge der „Rückener Post“ geleitet wurden. Er dürfte kaum bestreiten können, daß diese Maßnahme nicht zum Vergnügen, sondern zum Schutz der „Rückener Post“ vor

Übergriffen der nationalsozialistischen Banden,

also zur Sicherung des Eigentums, geschaltet wurde. Aber es gibt zahlreiche andere Fälle, die gegen den Reichskanzler sprechen. Hunderte von sozialdemokratischen Familienvätern dürfen gern bereit sein, Auskunft darüber zu geben, in welchem Maße die verfassungsmäßige bayerische Regierung ihren Familienangehörigen und ihren Wohnungseinrichtungen bisher hat Schutz angebahnen lassen. Aber es scheint, daß die Überfälle auf sozialdemokratische Parteiangehörige den Reichskanzler ebensowenig interessieren wie das geschwindige Gesamtverbot der sozialdemokratischen bayerischen Presse. Selbst in der nächsten Umgebung des Herrn v. Rath wird dieses Verbot als unbegründet und geschwehig betrachtet. Herr Stresemann aber, der angeblich so viel auf die Sicherung der „Staatsautorität“ (wie ich sie auffasse) gibt, verzichtet darauf, gegen eine verfassungsmäßige Handlung einer Person, deren Existenz ebenfalls ungeschädigt ist, zu protestieren. In Bayern duldet er also, entgegen seinen sonstigen Redensarten über die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, daß durch

verfassungswidrige Handlungen Ruhe in breite Kreise der Bevölkerung

getragen wird

und mehrere hundert Angestellte gezwungen werden, infolge des Verbots der Zeitungen die

Vor der Entscheidung des Reichstages.

Scharfe Kritik an der Politik Dr. Stresemanns.

Berlin, 19. November.

Man rechnet damit, daß sich die politische Aussprache im Reichstags bis zum Freitag ausdehnen wird, wobei der Vortag für die Fraktionsführungen freigehalten wird. Eine Entscheidung des Reichstags über ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum dürfte vor Freitag nicht zu erwarten sein. Weitere Sitzungen des Reichstages sind bisher nicht in Aussicht genommen.

Berlin, 20. November.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Montag nachmittags zur Erörterung der allgemeinen politischen Lage zusammen. Im Verlauf der Debatte wurde allgemein über die in den letzten Wochen verfolgte Politik der Regierung scharfe Kritik zum Ausdruck gebracht. Es ist anzunehmen, daß die Fraktion bei der Abstimmung über die aus Anlaß der politischen Aussprache eingebrachten Anträge der Reichsregierung durch einen eigenen Antrag ihr Mißfallen über die Politik der letzten Wochen auszusprechen wird.

Die Diktaturkandidaten. Für die „Regierung des nationalen Vertrauens“.

Berlin, 20. November.

Allmählich wird bekannt, welche Kandidaten von den deutschnationalen und ihren völksparteilichen Bundesgenossen für die Diktatur, euphemistisch „Regierung des nationalen Vertrauens“ genannt, in Aussicht genommen sind. Für das Ernährungsministerium hat die „Deutsche Tageszeitung“ schon offiziell den bekannten Abgeordneten Schlang als Kandidaten des

Landesbundes bezeichnet. Man kann der Ansicht sein, daß Herr Schlang, nach seinen bisherigen Äußerungen, sich für den Posten eines Vizeleiters weit eher eignen würde. Näher General v. Seckl, an dessen Bereitwilligkeit man jedoch allerdings in diesen Kreisen wieder Zweifel zu äußern beginnt, tauchen noch die Namen des früheren Staatssekretärs Gläbe und des völksparteilichen Abgeordneten Heintze auf, wiewohl letzterer ja in Dresden als Reichstagsmitglied bereits eine Probe seiner diktatorischen Fähigkeiten abgelegt hat. Es veranlaßt auch, daß Herr Hergt bereits mit englischen Kreisen in Verbindung steht, um zu erkunden, wie man sich in London zu einer solchen Regierung stellen würde. Das Resultat soll jedoch nicht sehr befriedigend ausfallen sein.

Zunächst läßt sich ja die Öffentlichkeit nur allzusehr einschüchtern von den starken Geistes und dem betäubenden Geschrei von Leuten, hinter denen, wenigstens vorläufig, keine wirkliche Macht steht, um sich gegen Verfassung und Parlament durchzusetzen. Daher begeht sich auch das inbrünstige Werben um die Seele des Herrn von Seckl, weil dieser Mann vielleicht imstande wäre, den Diktatoren die Nachmittel in die Hand zu geben, deren sie zur Verwirklichung ihrer Pläne bedürfen.

Erwerbslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen.

Stellt man den geduldeten Zwang zur Arbeitslosigkeit in Bayern in Vergleich zu dem Verhalten gegenüber den Erwerbslosen und Sozialrentnern im Ruhrgebiet, dann ergibt sich erst die Bodenlosigkeit der gegenwärtigen Regierungspolitik. Für die Armen der Armen im Ruhrgebiet ist kein Geld mehr vorhanden, sie sollen den Separatisten und Franzosen in die Arme getrieben werden, während die Mittel des Reiches für die Mißwirtschaft des Herrn Rath immer noch ausreichen, und auch für die nutzlose Verschönerung der Reichswehr nach und in den Ländern mit sozialistischen Regierungen die Gelder noch erübrigt werden können. Solange dieser Zustand anhält und die Regierung die Gehälter der Beamten in den besetzten Gebieten zahlen kann und will, so lange erachtet die Sozialdemokratie die Nichtleistung der Reichsregierung, die Zuschüsse für die minderbemittelten Bevölkerungsteile im Ruhrgebiet zu sperren, für unethisch. Überhaupt hat es den Anschein, als ob die Regierung mit den geplanten Maßnahmen lediglich den Zweck verfolgt, sich der ihr zufallenden

Verantwortung für die zukünftige Entwicklung im Ruhrgebiet rechtzeitig zu entledigen

und sie einem Keinen Ausschuß zu übertragen, obwohl sie hierzu, ohne Zustimmung des Reichstags und des Reichstages, ein Recht nicht hat. Die Sozialdemokratie lehnt es ab, Maßnahmen, die als Folgen eines besagten Mangels an Mut zur Verantwortung betrachtet werden müssen, ihre Zustimmung zu geben.

Eine Partei von der Größe der Sozialdemokratie muß aus der Inkonsequenz der gegenwärtigen Reichsregierung, aus ihrer Einstellung zu der Innen-, Außen- und kapitalistischen Wirtschaftspolitik die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen, sobald das möglich ist. Mit dem Zusammentritt des Reichstags, der heute erfolgt, ist die Möglichkeit gegeben, Klarheit zu schaffen. Diese Klarheit ist notwendig im Interesse Deutschlands, und sie muß geschaffen werden trotz den Hinweisen des Reichskanzlers auf die schwebenden Kredit-

Verhandlungen und deren Gefährdung durch eine Kabinettskrise.

Koch bei allen Anfeuern, die Stresemann als Reichskanzler bisher erzielte, bediente er sich der auch jetzt wieder angewandten Taktik. Wir geben zu, daß im Augenblick tatsächlich Kreditverhandlungen schweben, aber wir können nicht einsehen, daß ein Ergebnis dieser Verhandlungen sich bei der

Reichskanzlerschaft Stresemann nicht und fällt.

Die ausländischen Unterhändler geben ihren Kredit nicht der gegenwärtigen Regierung, und nicht aus Liebe zu unserem Volke, sondern aus eigenen wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Sie werden auch Warenkredite geben, wenn ein anderer Mann an die Stelle des gegenwärtigen Reichskanzlers tritt. Die Hauptsache ist, daß hierfür die notwendigen Bürgschaften aufgebracht werden. Ob Herr Stresemann hierzu mehr imstande ist als ein anderer Politiker, möchten wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls kann die Sozialdemokratie seine jegliche Taktik nicht als Grund zur Verschiebung der doch einmal notwendigen Klärung anerkennen. Sie dürfte deshalb die in den letzten Wochen von dem dritten Kabinetts Stresemann verfolgte Politik mit einem Antrag im Reichstag beanstanden, der Regierung das Mißtrauen anzusprechen.

Zwischen zwei Stühlen.

Berlin, 19. November.

In seiner „Welt am Montag“ schreibt Herr v. Gerlach, der Herrn Dr. Stresemann mit großen Hoffnungen begrüßt hatte, in folgender, scharf kritischer Weise:

„Herr Stresemann hat sich glatt zwischen zwei Stühlen gesetzt. Was er links an Vertrauen verlor, gewann er noch lange nicht rechts. Überschläue Übergeißelungen machen sich manchmal der größten Dummheiten schuldig. Ich kenne einen sehr klugen Mann, der vor etwa 15 Jahren um jeden Preis in den Reichstag wollte. Er verhandelte deshalb mit drei Parteien. Als davon etwas durchdrang, war für ihn die Hoffnung begraben, je in seinem Leben das „R. d. R.“ auf seine Wählerliste drücken zu lassen.“

Stresemann hat alles getan, um sich die Gunst der Rechten wieder zu erkaufen, die er sich durch seine Zerteilung mit den „Marginalen“ verschert hat. Er hat sogar den Kronprinzen zurückgerufen.

Bergehen! Die Rechte akzeptierte den Kronprinzen, obwohl er ihr als „Märtyrer“ in Wien vielleicht beinahe wertvoller war denn als wohlhabender Fideikommissherr in Geld. Aber sie akzeptierte nicht Stresemann als Kanzler. Unsere Junker können mancherlei verzeihen. Ein Fehltritt nach links bleibt ihnen unverzeihlich. Er könnte sich ja wiederholen!

So tritt Herr Stresemann vor den Reichstag mit dem fast allgemeinen Mißtrauen beladen. Rechts sagt man sich: Wenn schon, denn schon! Links sagt man sich: Der Mann hat sich unmöglich gemacht. Selbst in der Mitte hat er nur noch wenig Freunde. Die meisten von denen, die ein Mißtrauensvotum ablehnen, tun es nur, weil sie bei dem entsetzlichen Mangel an politisch führenden Persönlichkeiten in Deutschland keinen geeigneten Nachfolger wissen. Oder wer kann etwa den Volksparteiler Dr. Scholz, den man jetzt manchmal als Kanzlerkandidaten nennen hört, ernst nehmen, wenn man sich entsinnt, wie häufig dieser Mann einst als Minister versagt hat?

Rur von rechts ist die Ordnung im Reich ernstlich bedroht. Trotzdem haben neun Zehntel aller diktatorischen Maßnahmen sich gegen links gewendet. Von dem Einmarsch der Reichswehr in das absolut ruhige Sachsen und dem Verbot passivistischer Organe wie der „Reichswehr“ und passivistischer Versammlungen an — über die militärische „Zermietung“ der friedlichen Stadt Weimar hinweg bis zu dem Verbot des Organs des Reichstagspräsidenten Loebe, der Breslauer „Volkswacht“, wegen eines Nie-wieder-Kriegsartikels, war die Diktatur fast eine einzige Reihe reaktionärer Maßregeln.

Trennend! Auch auf die Gefahr ihres weiteren Bestehens hin darf sich die Sozialdemokratie dem Mißtrauensvotum gegen Stresemann nicht entziehen. Alles ruhig abgewogen, bleibt selbst eine Reichstagsauflösung das kleinere Übel gegenüber dem Fortbestehen eines sich täglich mehr rechts orientierenden Kabinetts Stresemann.

Reichsbankpräsident Havenstein †.

Berlin, 20. November.

Wie die Reichsbank mittels, ist heute morgen Reichsbankpräsident Havenstein gestorben.

Damit hat der Streit um die Person des Reichsbankpräsidenten und um die Führung der Geschäfte der Reichsbank, die beide — zumal in letzter Zeit — oft Gegenstand berechtigter Kritik waren, sein Ende gefunden. Über die Nachfolge Havensteins verläutet noch nichts.

Abichten auf produktive Erwerbslosenfürsorge.

Zusammengehen mit den Landesbehörden.

Berlin, 19. November.

Kritisch wird mitgeteilt: Die erschreckende, durch die Währungsverhältnisse und die Rhein- und Ruhrbesetzung verursachte Arbeitslosigkeit hat die verantwortlichen Reichsstellen veranlaßt, im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten Vorschläge zu machen. Das Reichsarbeitsministerium hat die Erwerbslosenfürsorge soweit umgestaltet, daß ihre Mittel produktiver als bisher verwendet werden können.

Durch die neue Bestimmung, daß von den Erwerbslosen gegen die Unterstützung Arbeit verlangt werden kann, ist die Möglichkeit eröffnet, die Unterstützungsmittel in beträchtlichem Maße wertschöpfend einzusetzen. In verschiedenen Städten hat sich dies bereits bewährt; es ist damit der Beweis erbracht, daß die Arbeitspflicht der Arbeitslosen sich durchsetzt und zur Belebung des nodenden Wirtschaftens beiträgt. Die Arbeitspflicht ermöglicht gleichzeitig die Einleitung großer Rotkundsarbeiten, wie insbesondere Ostlandkulturen, die bisher vielfach an der Unmöglichkeit rationeller

Finanzierung gesichert sind. Um die Finanzierung weiter zu erleichtern, wird der Unternehmergenuß für solche Rohstoffarbeiten noch Möglichkeit beschränkt werden. Auch werden vom Reichsarbeitsministerium Anstrengungen gemacht, um, im Zusammenwirken mit den obersten Landesbehörden, die verschiedenen Kräfte, die sich um die Einleitung von Rohstoffarbeiten bemühen, zusammenzuführen und zu gemeinsamer Wirksamkeit zu bringen. Freilich sind die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge, angesichts der trostlosen Finanzlage des Reiches, eng begrenzt. Es darf jedoch gehofft werden, daß bei Zusammenfassung aller Kräfte und aller Finanzierungsmöglichkeiten, gerade solche Rohstoffarbeiten in Gang kommen werden, welche die Erträge des deutschen Bodens vermehren und zur Erhaltung unserer Ernährungslage dienen.

Parlamentswahlen.

Sie Bremer Bürgerstimmwahlen.

Bremen, 19. November.
Bei den heutigen Bürgerstimmwahlen wurden folgende Stimmen abgegeben:

Wahlkreis Bremen Stadt, 105 Wahlbezirke: Deutschnationale 14 099, Deutschsozialistische 10 962, Deutsche Volkspartei 33 759, Deutsche demokratische Partei 19 251, Zentrum 3010, Partei der Hausbesitzer 4868, Sozialdemokratische Partei 44 564, Kommunistische Partei 26 916.

Wahlkreis Vegesack, 2 Wahlbezirke: Vereinigte bürgerliche Parteien 1315, Sozialdemokraten 616, Kommunisten 326.

Wahlkreis Bremer Landgebiet, 14 Wahlbezirke. Ergebnis aus 10 Bezirken: Deutschnationale und Deutsche Volkspartei zusammen 1189, Demokratische Partei 743, Sozialdemokraten 1924, Kommunisten 424.

Wahlkreis Bremerhaven, 11 Wahlbezirke: Deutschnationale und Deutsche Volkspartei 3226, Demokratische Partei 1822, Sozialdemokraten 2708, Kommunisten 1044.

Die Parlamentswahl in Danzig.

Danzig, 19. November.
Die bisherigen Wahlergebnisse zum Danziger Volksrat stellen sich, nach den Berichten der einzelnen Bezirkswahlbüros, folgendermaßen dar:

Partei	Stimmen	Prozente
Deutschnationale Volkspartei	44 211	33
Sozialistische Partei	39 414	29
Zentrum	21 158	16
Kommunistische Partei	15 036	11
Deutsche Partei für Fortschritt und Wirtschaft	10 979	8
Deutsche Soziale Volkspartei	10 341	7
Deutsche Danziger Volkspartei	7 449	6
Polen	7 129	5
Vereinigung der Arbeiter, Beamten und Funktionäre	4 706	3
Widerpartei	1 756	1
Vereinigung der Fischer und Handwerker	1 736	1

Es ist zu erwarten, daß diese Zahlen noch Änderungen erfahren.

Bisher gewinnen Mandate: die Sozialdemokraten 1, die Kommunisten 4, die Deutschsozialisten 7, die Volkspartei 6, die Beamten-Vereinigung 4, die Widerpartei 1. Es verlieren Mandate: die Deutschnationalen 2, die Polen 2, die Fortschrittspartei 13.

Streik im nieder-sächsischen Steinkohlerevier.

Waldburg, 19. November.
Nachdem am Freitag im Kreis Waldburg die Pländerungen sich fortgesetzt haben, trat am Sonnabend überall Ruhe ein. In der gestrigen Revierkonferenz des nieder-sächsischen Steinkohlen-

reviers wurde über den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers abgeurteilt. Mit 259 gegen 8 Stimmen wurde der Schiedsspruch abgelehnt. Der Bergarbeiterstreik, der zunächst als wilder Streik am Freitag abgebrochen war, wird nunmehr, unter Führung der Gewerkschaft, fortgesetzt. Am Sonnabend früh kam es, zwischen Stahlhelmlenten

und Kommunisten zu Auseinandersetzungen. Die Schupospaten schritt ein und stellte die Ruhe wieder her.

Revolutionäromantik.

Der Prozeß gegen die Plättnergruppe.

Berlin, 19. November.
Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik schwebt augenblicklich ein Prozeß gegen die sogenannte Gruppe Plättner, die im Jahre 1921 unter dem Namen „Kolon Schrecken“ ihre Umwerbe in Mitteldeutschland trieb. Die Anklage legt den Angehörigen der Gruppe Textsatze durch Sprengungen, Überfälle, Brandstiftungen usw. zur Last. U. a. hätte die Gruppe Plättner beschloffen, Max Holz zu befreien. Zur Beschaffung des notwendigen Geldes wurde die Filiale der Deutschen Bank in Dresden durch die Zentral-appropriationsgruppe betäubt. Erbeutet wurden etwa 250 000 M. und einige hundert tschechische Kronen. Die Beute wurde aber nicht zur Befreiung von Holz verwendet, sondern in Berlin zwischen der Gruppe Plättner und dem „Obersten Aktionsrat der kommunistischen Arbeiterpartei“ geteilt. Hinzu sehen auch die anderen „revolutionären“ Taten der Gruppe aus. Vollständig gehören die Angehörigen der Arbeiterunion und der kommunistischen Arbeiterpartei an. Als ihren Führer betrachteten sie Plättner, der 30 Jahre alt und sehr wahrscheinlich Kriegspolizeist ist. U. a. ist auch ein 20-jähriger Mädchen angeklagt, das die Rolle einer Sekretärin des „Roten Schreckens“ spielte. Die Angeklagten sind, ohne Ausnahme, Opfer einer konsequenten Revolutionäromantik.

Das Halbdunkel in München.

Kapituliert Herr v. Knilling vor Rahr?

Nachdem nunmehr die Umstände enthüllt sind, aus denen heraus selbsterklärend der Generalstaatskommissar v. Rahr auf seinen Posten berufen wurde, nämlich die Gefahr, daß ohne diese Maßnahme Hitler einen Kampf um die Macht begonnen hätte, konnte es nicht wundernehmen, daß Rahr, der sich selbst oft als Statthalter der Monarchie bezeichnete, seine Macht nicht schützte. Dies tut er offenbar auch gegen die bayerische Regierung. Die Schwäche dieser Regierung, die überhaupt erst die Zustände schuf, die Rahr und Hitler bedeutungsvoll machten, ist sprichwörtlich. Bemerkenswert war folgende Notiz von bürgerlicher Seite über eine

Bayern, in der ein Schreiben Rupprechts verlesen wurde, das aus nachdrücklicher den Gerüchten entgegentritt, als sollte in Bayern demnächst die Monarchie ausgerufen werden.

Hochverräter Ehrhardt.

Herrn von Rahr's neuer Verbündeter.

München, 20. November.
Bekanntlich hat in München nach der Verhaftung Hitlers der Kapitän Ehrhardt die Führung der vaterländischen Verbände und der Nationalsozialisten übernommen und hat bald darauf erklärt, daß er sich Herrn von Rahr zur Verfügung stelle und mit ihm zusammen arbeiten wolle. Wie sich Kapitän Ehrhardt diese Zusammenarbeit denkt, erhellt aus einer Unterredung, die der Korrespondent eines schwedischen Blattes am 15. November mit dem ehemaligen Chef der Organisation Chatte, und in welcher Ehrhardt seine Pläne recht offenherzig ausplauderte. Der Freischarenführer erklärte, daß die „Bewegung“ sich gegen die Weimarer Verfassung und gegen den Marxismus, aber nicht gegen die Arbeiterpartei als solche richtet. Der Kapitän glaubt, daß bald ernsthafte Kämpfe zwischen in Deutschland entstehen werden und will dann einschreiten, um Ordnung zu schaffen und Streikern zu befehlen. Wollte er werden er aber auch schon früher losziehen. Bei einer etwaigen Einnahme von Frankfurt sei man mit Waffen und Munitionsmaterial hinlänglich gerüstet, um einen Waffengang mit Frankreich riskieren zu können.

Alles das, das auch Rohmann, hat es doch Methode. Sollten an den Absichten des Herrn v. Rahr noch irgendwelche Zweifel gewankt haben, so werden sie durch diese Erklärungen seines neuesten Mitarbeiters beseitigt. Dem Kapitän Ehrhardt wird niemals irgend jemand politische Einsicht und eine zutreffende Einschätzung der realen Möglichkeiten zugestanden haben, aber daß Rohmann, die immer noch bei einem neuwertigen Teil des Volkes als aufstrebender Schöpfer deutscher Einheit gelten, sich solche Bundesgenossen gefallen lassen, ist ein betrübendes Symptom der Zustände, zu denen Zerfahrenheit und Schwäche es hat kommen lassen.

Der gestürzte Gott.

Königsberg, 19. November.
In der letzten Sitzung des Stadterverordnetenkollegiums in Tilsit, das zu den Städten gehört, die seinerzeit Ludendorff das Ehrenbürgerrecht verliehen, stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag, Ludendorff wegen seiner Beteiligung am Hitler-Putsch in Bayern dieses Ehrenbürgerrecht wieder abzuerkennen. Dieser Antrag wurde auch mit 17 gegen 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Kabinettskrisis in Bayern.

München, 19. November.

Ministerpräsident Dr. v. Knilling hat am vergangenen Freitag dem Abgeordneten Giesel von der Bayerischen Volkspartei auf das bestimmteste seinen Austritt aus dem Gesamtministerium in Aussicht gestellt. Das Eigenartige der Situation besteht darin, daß der Generalstaatskommissar Dr. v. Rahr die militärische Gewalt seit in der Hand hat und die bayerische Regierung schon seit langer Zeit zur Entscheidung fähig ist. Innerhalb des Kabinetts Knilling steht dieser Tatsache gegenüber eine vollständige Zerfahrenheit und Unentscheidbarkeit. Von Interesse ist es, daß der Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei im Landtag, Hagedorn, die Absicht geäußert hat, im Falle des Austritts des Kabinetts Knilling, den Vorsitz der Fraktion niederzulegen. Heute vormittag ist auf Grund dieser Tatsache der Arbeitsausschuß der Bayerischen Volkspartei im Landtag zusammengesetzt. Vor allem der extreme „föderalistisch“ eingestellte Flügel scheint einen Ausweg aus der schwierigen Lage dadurch zu suchen, daß er dem Generalstaatskommissar Dr. v. Rahr das Amt des Ministerpräsidenten anbietet, um die Gewalt wieder mit der dem Landtage verantwortlichen Regierung zu verknüpfen. Einweilen werden diese Verhandlungen demontiert.

Ein anderes Gerücht.

München, 19. November.

Am Sonntag sollte ein Gerücht in München von einer am Sonnabend abend abgehaltenen nationalrevolutionären Offiziersversammlung wissen, die eine Deputation an den ehemaligen Kronprinzen Rupprecht geschickt habe, um ihn zur Restauration der Monarchie zu veranlassen. Nach einer halbamtlichen Feststellung handelt es sich um eine Versammlung des Nationalverbandes deutscher Offiziere, Landesgruppe

Nacht.

Nacht erludt das Licht.
Nacht beschloß das Laute.
Und uns nur das Lichte.
In uns das Besaunte.

Stimme Stunden tropfen
Heißem Dienst verdunnen;
Ihre Pulse klopfen
in Verdunkelungen.

Wang entzerrtes Gester
ist von uns gewonnen
und die künftigen Schwermern
sind noch ungesponnen.

Regeltes Erbarmen:
Welle, Fahrt und Wille
stirbt in dunklen Armen
einer großen Stille.

Kobalt W. Bindig im Novemberheft der „Neuen Rundschau“, Verlag E. Fischer, Berlin.)

Wie Pflanzen ihr eigenes Leben beschreiben.
Der geniale indische Erfinder der Pflanzenwelt, der uns zuerst ein Bild in die unendliche Weite, bisher nicht einmal gedachten Lebensregungen der Pflanzen erschloß, hat, Sir Jagadis Bose, hat in einem kürzlich in London gehaltenen Vortrag einem größeren Kreise den von ihm erfundenen Apparat vorgestellt, der die Lebensvorgänge der Pflanze automatisch registriert. Auf diese Weise beschreiben die Pflanzen ihr eigenes Leben. Die ganze Welt ist ein lebendiges Laboratorium“, sagte Bose, „in dem die wunderbarsten Versuche beständig vor sich gehen. Wir würden davon ganz bezaubert sein, wenn wir genügend scharfe Augen besäßen, um diese Dinge zu sehen. So aber können wir nur mit unseren stumpfen Sinnen durch feinfühligere Apparate Rückschlüsse auf die Vorgänge, die sich da abspielen, ziehen.“ Bose gab seinen Ausführungen den Titel „Die Psychologie der Photosynthese“ und

sahnte aus, wie ein noch so winziger Eingriff, ein elektrischer Schlag oder eine kleine Alkoholmenge die feinen Pulschläge der Pflanze beeinflussen, von denen wir in der schwindenden Ruhe eines Sannorganismus nicht das Geringste ahnen. Er sprach mit warmer Liebe von dem Instrument, das es ihm ermöglicht, die eingehendsten Berichte von dem Prozeß der Assimilation zu erhalten, den die Pflanze jedem äußeren Eingriff gegenüber sofort vollzieht. Dieser „photosynthetische Registrator“ veranlaßt die Pflanze, all ihre Lebensvorgänge selbst aufzuzeichnen und berichtet z. B. über die winzigsten Mengen von Kohlenstoffdioxid, die die Pflanze erzeugt. Veränderungen des Lichtes, die kein menschliches Auge entdecken kann, werden von der Pflanze aufgezeichnet, indem sie sich sofort nach diesem Lichtwechsel auf der Lichtquelle einstellt. Eine der erstaunlichsten Ergebnisse dieser Selbstauszeichnungen ist die Zunahme der Assimilation, die durch unendlich kleine Spuren bestimmter Stoffe hervorgerufen wird. Diese Stoffe, die in größeren Mengen der Pflanze sehr gefährlich werden, wirken in kleinsten Dosen sehr heilsam. Formaldehyd z. B., das in einer Dose von einem Zehntelgammol die Pflanze vergiftet, regt sie in einem Billionstel Teil zum Wachstum an.

Die „Auss“ des Fälschers.

Ein französischer Sensationsprozeß, der nach den Vereinigten Staaten hinüberzieht, hat erst jüngst wieder das Vorhandensein großer Fälschfabriken in Paris aufgedeckt. Die Industrie der Kunstfälscher ist heute weiter verbreitet als je. Interessante Enthaltungen über diese das Licht des Tages scheinenden Werkstätten macht Donald Donah in seinem forden neu erschienenen, bei Richard Carl Schmidt u. Co. in Berlin verlegten Werke „Der Kunstfälscher“. Die außerordentliche Steigerung der Preise für Kunstwerke und des Kunstmarktes trieb immer höher be-

gabte Künstler in die Hände der gewerbmäßigen Fälscher, und so entstehen große Habitus, aus denen Möbel, Silber, Skulpturen, Porzelle, Fayencen usw. in alle Welt ausgeführt werden, um den stets wachsenden „Bedarf“ zu decken. Paris ist der Mittelpunkt dieses unermesslichen Treibens; aber auch bei uns gibt es — ebenso wie in Italien — geniale Zeutern, wie München oder Köln. Schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts war in Köln eine Fälschfabrik, die Emaille, Meubelinsignierereien und Möbel fabrizierte und nach Paris brachte. Hier war ein Fälscher, dessen Privatsammlung eines Tages für 9 1/2 Mill. Francs versteigert wurde, einer der Hauptabnehmer. Der Berliner Markt wird von München und Lüttich aus „versorgt“.

Eines Bild in eine solche Fabrik „alter Meister“, die sich in einem Viertel von Paris in der Nähe der Bastille befand, gemahnt uns eine Schilderung, die eines humoristischen Beispiels nicht entbehrt. Beim Betreten der Fabrik fiel dem Besucher ein betrieblüchtes Geräusch auf, und er bekam schließlich heraus, daß man gerade dabei war, eine alte spanische Goldleder-Tasche herzustellen, die Szenen aus den Kämpfen der Kreuzritterreliefsartig zeigte. Bis in die kleinsten Einzelheiten war alles so „echt“, daß jeder glauben mochte, er habe eine viele hundert Jahre alte Arbeit vor sich. Kürzlich war z. B. die Krone, wie man die kleinen Erhöhungen und Täpfer, die dem Leber das eigentümliche Aussehen geben, herzustellen. Zuerst trich man Erup auf die Stellen, wo die Täpfer sein sollten; dann ließ man eine Menge — Küchensabon über den Erup herfallen. Diese machten sich eigis an den Lederhissen und setzten gleichzeitig die kleinen Täpfer ab, die das beste Zeichen für das hohe Alter einer Ledertasche sind. Ein großer Schwundel wird mit täuschenden Signaturen getrieben. „Es kommen Reizende“, erzählt Donah, „die ihre Originale zeigen, auf denen man das Eigenum Ködlin oder Richetti zu sehen glaubt. Die Käufer gehen auf den Reim. Profestieren sie nachher,

dann rüchten sie nichts aus. Es gibt in Berlin einen Kunstfälscher, der vom Gericht einfach nicht wegkommt, aber noch niemals einen Prozeß verloren, weil er das Geschäft nachweislich immer korrekt abgeschloffen hat. Wenn die Bilder, die der Nase für Ködlin oder für Richetti hält, sind nicht Ködlin, sondern Ködlin signiert, und der Italiener kommt unter dem Namen Donatationen Mingetti, Minetti, Ricetti oder Mingatti in den Handel.“ Im Haag arbeiten die Fälscher der „alten“ Niederländer. Sie nehmen alte Radierer, malen darauf ihre „Teuere“ und „Stade“, räumen dann die Bilder ein und „bilden“ sie in der Höhe, um die Sprungbildung, das „Caacuelle“, zu erzeugen. In der Berliner Wilhelmstraße lebte viele Jahre ein Maler, der die Hauptmeister der Wiener Miniaturisten, besonders den überaus hochbeachteten Jäger, so täuschend kopierte, daß selbst die gewieuesten Kenner im ersten Augenblick irrtig wurden. Ein eigener Kreis der Fälscherindustrie ist das Aufarbeiten von Kunstwerken aus altem Material. So werden unbenutzte, halbzerbrochene Porzelle und berühmten Kunstwerken aufgekauft und neu bemalt. Der bekannte Direktor des Hamburger Kunstgewerbe-Museums, Julius Brinmann, welcher der eifrigste Bekämpfer der Fälscher war, sahnte nach Mitte der neunziger Jahre einige Gebiete an, die von betrügerischen Nachahmungen frei wären, so z. B. die mittelalterlichen Gemälde, Gobelins usw. Aber heute gibt es auch diese „wenigen Gebiete“ nicht mehr, sondern es wird alles gefälscht. Selbst die modernste Plastik entgeht nicht der Aufmerksamkeit geschäftstüchtiger Unternehmer; ein Beweis dafür ist die Anzahl von Fälschungen der Werke Rodins, die zu Anfang des Jahres 1919 bekannt wurden und so viel Staub aufwirbelten.

Niemandsland. Niemandsland — so nannte man im Krieg die schmale Strecke zwischen den beiden Schützengraben, um die die Herde rangen und die Ho niemandem gehörte. Ursprünglich aber hat Niemandsland eine ganz andere Be-

Die Frage der interalliierten Schulden.

Amerikanische Verstimung.

Paris, 19. November.
 "Chicago Tribune" berichtet aus Washington: Die Erklärung Poincarés in der Kammer, die Bezahlung der französischen Schulden bei den Vereinigten Staaten von Amerika sei bedingt durch den Eingang von Reparationen seitens Deutschlands, habe in hochstehenden offiziellen Kreisen eine starke Verstimmung hervorgerufen. Offizielle Persönlichkeiten hätten versichert, der französische Ministerpräsident könne genau die Haltung der amerikanischen Regierung in der Schuldfrage. Von Regierungseite werde geäußert, daß die Frage der französischen Schulden bei den Vereinigten Staaten von Amerika nichts mit den von Deutschland zu zahlenden Reparationen zu tun habe. Als die französische Regierung eine Schuld bei der amerikanischen Regierung aufgenommen habe, sei eine derartige Vereinbarung nicht getroffen worden, vielmehr habe es sich um eine einfache Transaktion gehandelt, bei der die Vereinigten Staaten von Amerika das Geld hingegeben hätten, und die französische Regierung sich verpflichtet habe, dieses Geld zurückzahlen. Diese Rückzahlung von dem Eingang von Reparationen abhängig zu machen, sehe nach einer Ablehnung der Schuld aus, und in Regierungskreisen sei man der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten von Amerika es auf etwas derartiges nicht ankommen lassen dürfen.

Paris, 20. November.

"Chicago Tribune" veröffentlicht eine Meldung aus Washington, wonach Senator Reed Smoot, der der Schuldenuntersuchungskommission angehört, gestern erklärte, die amerikanische Regierung werde demnächst mit Frankreich in Verbindung treten und vorschlagen, daß Frankreich entweder eine Kommission zur Regelung der Räumung seiner Schulden nach Amerika schicke oder einen Plan über die Rückzahlung seiner Schulden vorlege.

Die Parlamentswahlen in Rumänien.

Sofia, 20. November.
 Gestern fanden die Parlamentswahlen statt, die überall in vollkommener Ruhe und Ordnung verliefen. Nach den ersten Ergebnissen erhielt die Regierungskoalition ungefähr 85 Mandate in einer Gesamtzahl von 247 Sitzen. In die übrigen Mandate teilen sich die Nationalliberalen einerseits und die Kommunisten andererseits. Die Kommunisten und Agrarier hatten eine gemeinsame Liste aufgestellt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Wien, 19. November.
 Heute vormittag verließen nationalsozialistische Studenten, die Vorlesungen einiger ihnen misliebiger Professoren durch Vorn zu stören. Infolge dieser Vorfälle, die auch zu Tätlichkeiten zwischen den Studenten verschiedener Parteien führten, hat der Rektor eine Suspendierung erlassen, in der er den Ausführenden scharfe Verhütung auftrug und die Einstellung der Vorlesungen sowie die Sperrung des Universitätsgebäudes bis auf weiteres verfügte.

Athen, 19. November.
 Einer Blättermeldung zufolge haben sich die Regierung, die revolutionären Organisationen und die Mehrheit der verfassungsmäßigen Partei für die Republik erklärt. Die Wahlen sollen unter dem Slogan "Republik oder Monarchie" stattfinden. Die Volksabstimmung nach den Wahlen würde nur die einfache Bestätigung der Wahlen bedeuten.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Die letzten erschienenen Nr. 22 des Ministerialblattes für die Sächsische innere Verwaltung enthält Bestimmungen über Vereinfachungen im Geschäftswesen der Staatsbehörden, Verkauf von Altpapier, Beamtenbesoldung, Verwaltungsarbeiter, Gehälter für Verwaltungsarbeiter, Reisestellen der Staatsbeamten, Dienstleistungszuschüsse, Vergütung für Handwerker mit mechanischen (Stanz-)Arbeiten beschäftigte Angestellte, Umzugskostenbeihilfen an Militäranwärter, Übergangserstattung für Registraturbeamte, Großrenten der Diensträume, Sozialbeiträge, Arbeitslosenversicherung, Auswanderung nach Holland, Auslandsplätze nach Amerika, Vermögenssteuer, Besoldungszuschüsse für Gemeindevorstände, Sparfahrschein, Dienstvorschriften für den Reichsstaatsrat, Veterinärpolizeiliche Überwachung der Viehmärkte, Landwirtschaftliche Ziehung, Handelsbeschränkungen, Aktien des Reichsmittelverfahrens in Grundsteuer, Wohnungsbaubausgabe, und Gewerbesteuerbeschlüssen.

Dresden.

Unnachlässliche schwere Bestrafung für Warenverweigerung.

Die Preisprüfungsstelle Dresden schreibt:
 Immer häufiger werden die Klagen, daß Geschäftsinhaber Waren nur gegen wertbändige Zahlungsmittel abgeben. Es wird darauf hingewiesen, daß die Verweigerung der Abgabe von Waren gegen Reichspapiermarkt unzulässig ist und die schwersten Strafen nach sich zieht. Des Weiteren ist zu beobachten, daß ein fortgesetztes Steigen der Grundpreise in Goldmark unzulässig ist. Bei Zuwiderhandlungen wird auch hier gegen die Beschuldigten unnachlässlich eingeschritten werden.

Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: In der Zeit des Währungsüberganges werden von den Postanstalten Banknoten nur dann in Zahlung genommen, wenn der Nennbetrag der Poststücke eingehoben ist, bevor die Leistung durch die Post ausgeführt wird.

Einschränkung der Annahme von Banknoten bei den Postanstalten.

Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: In der Zeit des Währungsüberganges werden von den Postanstalten Banknoten nur dann in Zahlung genommen, wenn der Nennbetrag der Poststücke eingehoben ist, bevor die Leistung durch die Post ausgeführt wird.

Die Kassenamt im Postfachverkehr. Die vom R. L. B. gebrachte Nachricht, daß die Kassen vorläufig schon am 1. Dezember über ihr Guthaben in Rentenmark verfügen könnten, trifft, wie uns von der Oberpostdirektion mitgeteilt wird, nicht zu. Es wird voraussichtlich erst vom 6. Dezember an der Fall sein.

Die Schließzeit für Buchungsanträge ist beim hiesigen Postfachamt auf 7 Uhr vormittags festgesetzt worden.

Beratsamungsverbote.

Am Sonntag, 18. November, wollten die Kommunisten in Dresden eine öffentliche Versammlung veranstalten, in welcher der Landtagsabgeordnete Paul Wötter über das Thema sprechen sollte: "Kommen Hitler, Seefeld und Reichlich Arbeit, Lohn und Brot bringen". Diese Versammlung wurde auf Veranlassung des Militärbefehlshabers, unter Berufung auf die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten, verboten.

Halbes 500 Milliarden-Scheine in Umlauf.

Vom Presseamt des Polizeipräsidiums wird mitgeteilt: Am Freitag, den 16. November, haben zwei unbekannt gebliebene Damen in einem hiesigen Warenhaus versucht, falsche Reichsbanknoten über 500 Milliarden R. in Zahlung zu geben. Diese falschen Banknoten sind 14 cm lang und 6,5 cm breit, von weißer und grüner Farbe und tragen sonst die übliche Aufschrift der Reichsbanknoten mit dem Buchstaben "D". Geschäftsführer werden gebeten, in solchen Fällen die Herausgeber falschen Geldes so lange hinzuhalten, bis die benachrichtigte Polizei zur Stelle ist.

Jahreserträge. Das Presseamt des Polizeipräsidiums teilt mit: Es wird erneut darauf hingewiesen, daß Kabfahrer bei eintretender Dunkelheit mit Licht zu fahren haben. Die Einhaltung dieser Bestimmung wird streng überwacht werden.

Sonderzuschläge zur Wohnungsbauabgabe. Die Beschämung für die Anpaßung der Gemeindefinanz an die Geldwertänderung beträgt bis auf weiteres 0,15 Proz. bei der Aufwertung der Reichsbanken maßgebenden Goldumrechnungssätze. Diese Zuschläge gilt nicht für die ersten drei Termine (15. Mai, 15. August und 15. November), soweit diese noch nicht bezahlt sind. Für diese ist vielmehr die am 15. November geltende Verhältniszahl maßgebend, jedoch für jeden dieser drei Termine der Sonderzuschlag für Wohnräume bei Zahlungen vom 15. November ab bis auf weiteres auf Friedensmiete mal 300 Millionen berechnet. Bei dagegen den vierten Termin schon jetzt bezahlten, muß die Zahlung berechnen nach Friedensmiete mal Reichsreuegoldumrechnungssatz mal 15 mal 10, geteilt durch 100000.

Jugendfürsorge. Über die Arbeit der Schulpflegefrauen berichte in der Fürsorgeversammlung die Leiterin dieser sozialen Hilfstuppe Frau Toebe. Diese Arbeit begann unter der Not des Krieges in der Doppelstadt und dehnte sich bald über die ganze Stadt aus. Neuerdings sollten noch die Fortbildungsschulen einbezogen werden. 37 geschulte Kräfte stehen jetzt in dieser überaus segensreichen Arbeit, die in sozial-ethischer und gesundheitslicher Beziehung der Schule und der Stadt die verschiedensten Dienste leistet. Die Rednerin schloß mit der ungeheuren Not und erbat die Mithilfe der Zentrale für Jugendfürsorge bei der Unterbringung von Kindern auf das Land und von Jugendlichen in ländlichen Tisch, weiter um Vermittlung von Mittagstischen oder sonstiger Ernährung an die ärmsten der Schulkinder. Die Not ist hier größer als je vorhergedenken, und die Volksgemeinschaft muß sich auch hier bewähren. Die sich anschließende Aussprache ergab allseitig Zustimmung und bestärkte den festen Willen, trotz der tiefsten Schwierigkeiten getreu auf dem Posten zu bleiben.

Der Dresdner Apollo, einer der ältesten und reichsten Kammernvereine des Julius-Otto-Bundes, erbat mit einem Liebeserband im Künstlerhaus anerkannter Beweise tatkräftigen Weiterstrebens, ungedacht der mannigfachen Schwierigkeiten der Gegenwart. Unter der umsichtigen Leitung seines geschätzten Vorstandsmitglied Herrn H. A. H. hat er auch stimmungsgewonnene Verein mit der Hingabe weniger anspruchsvoller Chöre von Beethoven, de la Halle und Balustrade, sowie mit erprobten Liedern aus den Deutschen Sängerbundesbüchern und immer gern gehaltenen Volkliedern sehr achtbare Leistungen. Die stiftliche Mitwirkung des Konzertführers Karl Jinnert, der über eine sympathische Baritonstimme verfügt und Lieder von Schubert und Hugo Wolf, Gesamtdruck gelungen, der Vortragsergebnis befeuerte, trug zu dem schönen Erfolg des gut besuchten Konzerts wesentlich bei.

Die "Junges-Vereinigung Deutscher Kriegsbeschädigter in Dresden" veranstaltet am Donnerstag, dem 25. November, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Jägerstraße, eine Gedächtnisfeier für die gefallenen Kameraden unzer Mitwirkung von Kammerführer Perron (Staatsopet), Alex Wierich (Schauspieler), ehem. Königl. sächs. Hofkomponist-Quintett, wozu Karten noch an der Abendkasse zu haben sind.

Aus Sachsen.

Der "Fall" Dr. Zeigner.

Unter dieser Überschrift ist ein großer Teil der bürgerlichen Presse mit Angriffen gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner angefüllt. Es wird behauptet, Dr. Zeigner habe sich Amtsverfehlungen in seiner früheren Eigenschaft als Vorstand der Gnadenabteilungen zuschulden kommen lassen. Diese Behauptungen gehen von den "Leipziger Neuesten Nachrichten" aus, einem Blatte, das sowohl durch seine ungezügelt Gegenwartschaff zu der in Sachsen getriebenen Regierungspolitik, wie auch durch die unsachliche Form seiner Polemik seit langem unruhig hervorgetreten ist. Dr. Zeigner sandte der Presse zu den gegen ihn erhobenen Angriffen folgende Mitteilung:

"Ein großer Teil der bürgerlichen Presse bringt Mitteilungen über ein gegen mich schwebendes Ermittlungsverfahren. In diesem Verfahren werde ich Rede und Antwort stehen, und es wird sich ergeben, daß alle Mitteilungen bössartige Entstellungen und politische Tendenzbehauptungen sind. Ich habe nie für amtliche Handlungen geldliche oder geldwerte Entschädigungen erhalten."

Zu dem Artikel der "Leipziger Neuesten Nachrichten", der, obwohl Dr. Zeigner noch nicht gehört worden ist, die Sachlage so darstellt, als ob eine Schuld Dr. Zeigners bereits erwiesen sei, erhält die "Leipziger Volkszeitung" eine Zuschrift, aus der wir wiedergeben:

"Sehe schmerzlicher Art ist es, wenn die 'Neuesten' behaupten, Dr. Z. sei aus der 'baltischen Schweiz' zurückgekehrt worden. Seit seiner Auswanderung habe er Dresden nicht verlassen; richtig ist nur, daß er in der letzten Zeit an den Sitzungen der Landtagsfraktion nicht mehr teilgenommen hat, weil er krank war. Daß er das in Wirklichkeit war, ist jeder, der mit ihm in der letzten Zeit zu tun hatte, weiß, Krankheit und das schwebende Verfahren, wagen in gleicher Weise auf Dr. Zeigner eingewirkt haben, um ihn zu dem Entschluß der von uns bereits gemeldeten Mandatsniederlegung zu bringen. Diese ist völlig unbefugelt von der Landtagsfraktion erfolgt. Schwindel ist ebenfalls, daß Dr. Z. Mitteilungen über Vorgänge in der Regierung oder der Landtagsfraktion an politische Gegner gegeben habe."

Zeit Dr. Z. veranlaßte, daß dem R. L. B. der Amtscharakter aufgekündigt wurde und sie so in ihrem Profit, dem höchsten und heiligsten Gute des Kapitalismus, schmälerte, kennt ihr Haß gegen Dr. Z. keine Grenzen mehr. Ein Verbrecher, wer das heilige Profitinteresse verleiht! Ein solcher Reich muß auch zum Verbrecher nach den Begriffen des vom Bürgertum geschaffenen Strafrechtsgesetzes gestempelt werden. Noch ehe das bürgerliche Gericht gesprochen hat. So verlangt es die kapitalistische Moral!"

Von anderer Seite wird der V. S. noch geschrieben: "Nach Beobachtungen, die von unparteiischer Seite gemacht worden sind, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die treibende Kraft der Rechtsanwaltschaft Dr. Zeigner ist. Dieser Herr geht seit einiger Zeit bei dem die Sache bearbeitenden, ebenfalls deutschstämmigen sächsischen Staatsanwalt Ziedler aus und ein. Er ist auch in einer, in der

Strafprozessordnung keine Grundlage mehr finden, den Akt und Weise vom Staatsanwalt Ziedler zu "Erörterungen" zugezogen worden. In geheimer Zeit wird überhaupt über das in verschiedenen Punkten mit den gesetzlichen Vorschriften nicht zu vereinbarende Verfahren der Staatsanwaltschaft Leipzig zu reden sein."

(N.) Die "Leipziger Neuesten Nachrichten" bringen in ihrer Nummer vom 20. d. M. einen "Der Zeigner-Stand" überschriebenen Artikel, der einen Angriff auf Justizminister Reu enthält in der Richtung, als habe dieser durch eine Anordnung ein schleuniges Vorgehen gegen Dr. Zeigner unzulässig gemacht. Das ist unrichtig. Unter dem 17. d. M. ordnete Justizminister Reu an, daß die Sache fortan vom Oberstaatsanwalt zu Leipzig persönlich bearbeitet werde. Das geschah aber nicht, um irgendeine die Unterführung zugunsten des Dr. Zeigner zu bewirken, sondern lediglich mit Rücksicht auf die Bedeutung der Sache. Eine solche Anweisung entspricht den bisherigen Gepflogenheiten des Justizministeriums, wichtige und bedeutungsvolle Sachen in die Hände des ersten Beamten der Staatsanwaltschaft zu legen, da dieser, als Chef der Behörde, ohnehin die Verantwortung für alle Maßnahmen der ihm unterstehenden Staatsanwälte trägt und durch seine Erfahrung und seine Verantwortlichkeit die größte Gewähr für eine sachliche und erschöpfliche Unterführung bietet.

Justizminister Reu hat sich jeder Einwirkung auf den Gang des Verfahrens enthalten, da er den Wunsch hat, daß die Angelegenheit Dr. Zeigner reiflos und ohne Ansehen der Persönlichkeit aufgeführt wird. Dr. Zeigner zu verhaften ist oder nicht, darüber entscheidet das pflichtmäßige Ermessen der mit der Unterführung beauftragten Behörden, nicht der Justizminister.

Damit erledigen sich die ungeheuerlichen Angriffe der "Leipziger Neuesten Nachrichten" auf den Person des Justizministers und auf die Justiz.

Sächsischer Lebenshaltungsbinder.

(Mitteilung des Statistischen Landesamts.)
 Nach den Preisfeststellungen vom 19. November 1923 sind vom Statistischen Landesamte folgende Indexzahlen der Lebenshaltungskosten (1918/19 = 100) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) 888 Milliarden. Gesamtindex ohne Bekleidung 884 Milliarden. Am 12. November 1923 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 204 Milliarden und ohne Bekleidungskosten 202 Milliarden. Vom 12.—19. November sind mittels der Preise der bei der Feuerungsstellen betriebsfähigen Güter um 355,3 bez. 337,6 v. H. gestiegen. Die bisher vom Reichsamt für Statistik veröffentlichte "Wirtschaft" (Steigerungszahl gegenüber Januar 1923 = 1) beträgt für den 19. November 47 Milliarden.

Tageschronik.

Großfeuer auf einem pommerischen Rittergut.

Rolberg, 20. November.
 Auf dem pommerischen Rittergut Pukar bei Rolberg wurden durch ein Großfeuer drei mit Erntevorräten und Getreidemehlern Korngesüllte Scheunen, vier Tagelöhnerwohnungen und ein Schafstall nebst allen landwirtschaftlichen Maschinen, Lokomobile usw. vernichtet. Der Schaden ist ungeheuer.

Devisenkurse, 20. November.

New York (1 Dollar):
 4 189 500 000 000 Geld
 4 210 500 000 000 Brief

Die nächste Nummer der "Sächsischen Staatszeitung" erscheint am Donnerstag nachmittags.

Beamtenanwärter

für die Giro- oder Stenografie zum sofortigen Antritt — ev. auch später — gesucht. Nur Kandidaten kommen in Frage. Besoldung nach V. Bewerbungen sind bis 30. November einzureichen. [7134] Gemeinderat zu Schellenberg.

Polizeiwachmeister

für den Nachdienst ist baldmöglichst hier zu besetzen. Besoldung nach den Bestimmungen der V. D. für Gemeindevorstände, Ostf. C. Die Stelle ist zunächst für Polizeiverwaltungsvorbesetzung vorbehalten. Bewerbungen bis 30. 11. an den [7133] Gemeindevorstand Erdmannsdorf.

Rentenmarktkonten

Die unterzeichneten Banken und Bankiers geben hierdurch bekannt, daß die Einlagegelder auf **provisionsfrei** Rentenmarktkonten bis auf weiteres wie folgt verzinst sind:
 4 % p. a. bei täglicher Verfügung,
 6 % p. a. mit monatlicher Kündigungsrückstrich oder auf 1 Monat fest.
 Den Umtausch der Papiermark in Rentenmark werden wir auf Wunsch der Kundschaft vornehmen, sobald bei den zuständigen Stellen die Umtauschmöglichkeit gegeben ist.

- Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
- Abteilung Dresden
- Gehr. Arnold
- Bausage & Fritzsche
- Bondl & Maron
- Commerz- und Privat-Bank Akt.-Ges.
- Filiale Dresden
- Darmstädter und National-Bank A.-G.
- 1. A. Filiale Dresden
- Deutsche Bank Filiale Dresden
- Direction der Disco-Lo-Gesellschaft
- Filiale Dresden
- Dresdner Bank
- Philipp Elmeyer
- Grieshammer & Söder
- H. Gutmann
- Dresdner Handelsbank
- Oskar Hellmann
- G. E. Heydemann
- Albert Kunze & Co.
- Landständische Bank des sächsischen Markgrafentums Oberlausitz Filiale Dresden
- S. Maltersdorf
- Stein & Oser
- Treuhand-Bank für Sachsen A.-G.
- Tschechoslowakischer Bankverein A.-G.
- 7137

Familiennachrichten.

Verlobt: Dr. Zahnarzt Dr. Fritz Riß mit Fr. Hildegard de Chemie in Leipzig. — **Schorben:** Dr. cand. jur. et rer. pol. Horst Hugo Schaeffer (22 J.) in Dresden-II.; Dr. Carl Eduard Bachmann (78 J.) in Dresden; Frau Studentin Erna Reichelt geb. Andree in Dresden; Frau Elisabeth v. Klengel, Gutsbesitzerin des freiwil. Magdalena-Clubs zu Kleinburg.

Tageskalender.

Mittwoch, 21. Nov.
 Staatsrat.
 Oberhaus.
 Boris Godunow. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
 Donnerstag: Gar-men. (Dr. S. Nr. 5619 bis 5645) Anfang 7 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
 Schauspielhaus.
 (Ausschreibung B): Die verbannten Klode. (Dr. R. Nr. 10181—10208.)

Neubäuer Schauspielsaal.

Ziemschloßchen. (S. S. - B. 2401 - 2500) Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
 Donnerstag: Die selbe Vorstellung. (S. S. - B. 2801 - 3500.)

Neues Theater.

(Haus d. Kaufmannschaft.)
 Geschlossene Vorstellung
 Donnerstag: (Erfolgsaufführung) **Woyzeck**. (S. S. Nr. 4611—4670) Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichstheater.

Nachmittags 1 1/2 Uhr (keine Preise): **Woyzeck**. Ende 4 1/2 Uhr. — Abends 7 1/2 Uhr: **Die Siegerin**. Ende 11 1/2 Uhr.
 Donnerstag: **Die Siegerin**. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.

Zentraltheater.

Täglich 7 1/2 Uhr: **Servant**. Geschlossene Vorstellung.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Betriebsleitung des Reichstheater in Dresden.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Ämtlicher Teil.

Bramtenbesoldung.

Die allgemeine Besoldung für die Bramtenbezüge auf das vierte Viertel des Monats November (24. bis 30. 11.) wird auf 108 Millionen festgesetzt werden. Die Zahlung, die am 23. 11. zu leisten ist, wird mithin das 27-millionenfache der Grundbesoldung betragen. Sie kann einwirken vorbereitet werden. Den Kassen geht die Gehaltsliste Nr. 49 zu. Voraussetzlich werden 50 v. H. dieser Zahlung in wertbefähigender Weise geleistet werden. Eine endgültige Anordnung wird am 22. 11. erlassen werden. Die Kassen- und Fortbildungsschullehrer haben vor Auszahlung der Gehaltsbogen diese Anweisung abzuwarten. Dresden, den 20. November 1923. 7140 Ministerium des Innern, Finanzministerium, Ministerium für Volksbildung.

Verwaltungsarbeiter.

Die durch Verordnung vom 17. November 1923, Sächs. Staatsg. Nr. 267, für Donnerstag, den 22. November, angeordnete Abschlagszahlung für die laufende Lohnwoche (18.—24. November) hat in Höhe des Lohnes nach einer Lohnberechnung von 510 Millionen (statt 410 Millionen) und zwar in Höhe von 50 % in wertbefähigenden Zahlungsmitteln, der Rest in Papiermark zu erfolgen. Soweit wertbefähige Zahlungsmittel nicht vorhanden sind, kann der entsprechende Betrag auf Geltungen in Papiermark ausgegahlt werden; der an Stelle von wertbefähigen Zahlungsmitteln ausgezahlte Papiermarkbetrag wird gegebenenfalls aufgerechnet. Für die wertbefähige Zahlung ist der am 20. November abends durch Kreistelegramm bekanntgemachte Umrechnungskurs maßgebend. 7139 Dresden, 20. November 1923. 127 I PA II Ministerium des Innern, Personalamt.

Dreihundertföftig vorläufige Verteilung von Einkommensteuer.

1. Bei der 33. Verteilung von Einkommensteuer erhalten die Gemeinden und Bezirksverbände den 1.880.000 fachen Betrag (108 Millionen %) ihres Einkommensteuer-Berechnungsanteils als Anteil auf das Rechnungsjahr 1923 überwiechen. Eine gleichzeitige Verteilung von Körperschaftsteuer findet nicht statt. 2. Sämtliche Anteile sind auf volle Milliarden Mark nach unten abgerundet worden. Beträge unter 1 Billion Mark kommen jedoch wegen ihrer Unbedeutendheit und wegen der Höhe der Überweisungskosten bei dieser Verteilung nicht zur Auszahlung, sondern werden den Gemeinden und Bezirksverbänden erst bei der nächsten Einkommensteuerverteilung mit überwiesen werden. 3. Im übrigen wird auf die Bekanntmachung über die 28. Verteilung von Einkommensteuer in Nr. 208 der Sächs. Staatszeitung vom 6. September 1923 verwiesen, die für diese Verteilung sinntsprechend gilt. 1071 Steuer G. 17138 Dresden, am 19. November 1923. Finanzministerium, III. Abteilung.

Gemäß § 3 der Verordnung über das Vermessungswesen vom 16. September 1915 (S. 1. S. 2. 230) sind die geprüften Landmesser Johannes Martin Kutschmann aus Dresden am 14. Mai 1923, Oskar Fritz Leitsmann aus Dresden am 1. Juni 1923, Martin Ernst Heineke aus Dresden am 22. Juli 1923, Hans Erich Weber aus Dresden am 22. August 1923, Kurt Kleinländer aus Ostra am 25. Oktober 1923, Walter Trage aus Dresden am 2. November 1923, Friedrich Kurt Richter aus Jittau am 5. November 1923 und der Dipl.-Ing. Kurt Gähler aus Dresden am 12. Juni 1923 als Landmesser beider worden. 118 GK III 7119 Reichshauptmannschaft Dresden als Landesamt für Grundbesitzvermessungen.

Zwecks Aufhebung der Erbengemeinschaft sollen folgende im Grundbuche für Hochwitz nach auf den Namen Karl August Wepold eingetragenen Grundstücke am 23. Januar 1924, vorm. 9 Uhr an der Gerichtsstelle, Volkmarsgr. Str. 1, 1, 3, 118, öffentlich versteigert werden: 1. Blatt 48, nach dem Grundbuche 82,9 Ar groß, auf 10.000.000 000 Ar geschätzt; 2. Blatt 69, nach dem Grundbuche 81,6 Ar groß, auf 40.000.000 000 Ar geschätzt. Beide Grundstücke liegen in Dresden-Hochwitz an der Friedrich-Wagner-Strasse und Mittelstrasse. Die Ansicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachrichten, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. Nummer 120. Rechte auf Versteigerung aus den Grundbüchern sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung der am 29. September 1923 verlautbarten Versteigerungsvermerke aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens in Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, andernfalls die Rechte bei der Feststellung des gerichtlichen Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachrangig zu werden. Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Eintragung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens betreiben, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des veräußerten Grundbuchs tritt. 7135 Amtsgericht Dresden, Ndt. III, 16. Nov. 1923.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 18038 die Gesellschaft „Woberei endloser Bänder“, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden,

mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 2. September 1922 abgeschlossen und am 3. Mai 1923 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation endloser Bänder und der Bau von Spezialmaschinen für die Herstellung endloser Bänder. Das Stammkapital beträgt fünfhunderttausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Betriebsleiter Max Preußner in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben: Der Betriebsleiter Preußner ist Erfinder verschiedener Verbesserungen, die sich auf die Herstellung endloser Bänder und auf die Konstruktion hierzu dienender Maschinen beziehen, diese Erfindungen sind auf den Namen des Herrn Max Preußner unter den Nummern R 55671 VII 866 und R 51312 VII 866 zum Patente angemeldet. Der Betriebsleiter Preußner überträgt hiermit seine gesamten Erfindungen und die dafür erteilten Schutzrechte, insbesondere die oben erwähnten, auf die Woberei endloser Bänder, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden. Der Wert dieser Einlage wird auf M. 250.000 (i. S. zweihundertfünfzigtausend Mark) festgesetzt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger, Geschäftsraum: Habenerstraße 28. 7121 Amtsgericht Dresden, Ndt. III, 17. Nov. 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 17083, betr. die Gesellschaft Verkaufsgesellschaft der Mühlenzentralen Sachsen-Erziehen mit beschränkter Haftung in Dresden: Der Kaufmann Richard Hugo Georg Arthur Richter ist nicht mehr Geschäftsführer. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Albert Georg Jäder in Dresden. Seine Prokura ist erloschen. 2. auf Blatt 13669, betr. die Gesellschaft Dresdener Bau- und Holzgesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Die Liquidation ist beendet, die Firma ist erloschen. 3. auf Blatt 18534 die Firma Wöhme & Jocher in Klotzsche, früher in Lauta. Der Kaufmann Eugen Albert Jocher in Klotzsche ist Inhaber. (Generalvertretung der Firma Lobed & Co. Aktien-Gesellschaft, Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Klotzsche, Königbrüder Str. 66b). 4. auf Blatt 18530 die Firma Paul Schulz Papier-Großhandlung in Klotzsche. Der Kaufmann Paul Schulz in Klotzsche ist Inhaber. (Großhandel mit Papier und Pappen, Klotzsche, Königbrüder Str. 45). 5. auf Blatt 6318, betr. die Firma Arthur Türich in Dresden: Der Inhaber Heinrich Arthur Türich ist verstorben. a) Der Kaufmann Fritz Arthur Karl Türich, b) die Witwe Clara Gertrud Türich, c) der Kaufmann Ernst Friedrich Wilhelm Türich, d) die Prokuristenschwester Johanna Katharina Clara Jde geb. Türich und e) der Onkel Johann Werner Johannes Türich — geb. am 12. August 1904 — zu a, c und d in Dresden, zu b und e in Weizdorf, sind als Erben des verstorbenen Inhabers Heinrich Arthur Türich in ungeteilter Erbengemeinschaft Inhaber der Firma. Die den Kaufleuten Wilhelm Türich und Karl Türich erteilte Prokura ist erloschen. 6. auf Blatt 13105, betr. die Firma Stahl & Co. in Dresden: Die Firma ist erloschen. 7120 Amtsgericht Dresden, Ndt. III, 17. Nov. 1923.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 18544 die Gesellschaft Wieda-Gesellschaft Kabinenmöbel-Spezialvertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitz in Dresden, und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. März 1923 abgeschlossen und am 12. November 1923 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Einkauf und der Verkauf von Möbeln, Kabinenmöbeln und ein- und mehrgliedrigen Möbeln, insbesondere solche, die unter dem eingetragenen Warenzeichen „Wieda“ in Verkehr gebracht werden. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft berechtigt, geschäftliche oder ähnliche Unternehmungen zu erwerben, hat an solchen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt sechshunderttausend Mark. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen gemeinsam vertreten. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Ernst Arthur Schmidt in Dresden. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch weiter folgendes bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch die Sächsische Staatszeitung, Geschäftsraum: Wittenbergische Straße 16. 7116 Amtsgericht Dresden, Ndt. III, 19. Nov. 1923.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 55, betr. die Firma J. G. Rippel in Neugersdorf, eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Handelsgeschäft ist mit der Firma auf die neu gegründete Handelsgesellschaft J. G. Rippel Aktien-Gesellschaft in Neugersdorf übertragen worden. 7122 Amtsgericht Oedersee, am 17. November 1923.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 81, betr. die Firma Julius Langes Leinen-Industrie Aktien-Gesellschaft in Waltersdorf, eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 28. September 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um sechs Millionen vierhunderttausend Mark auf sieben Millionen Mark durch Ausgabe von 600 Stück Stammaktien zum Nennwerte von je 10.000 M. beschlossen. Sämtliche neue Aktien lauten auf den Inhaber. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 20. Mai 1913 und 20. Juni 1913 ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 28. September 1923 laut Rotationsprotokolls von demselben Tage im § 5 abgeändert worden. Der Restriktions- zu dem Stammaktien und Vorzugsaktien auszugeben sind, ist auf 100 % festgesetzt. 7123 Amtsgericht Großhannau, am 16. Nov. 1923.

Auf Blatt 21320 des Handelsregisters, betr. die Firma Reil & Eber, Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau in Leipzig, ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 20. Oktober 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um vier Millionen Mark, bestehend in vierhundert Aktien zu je zehntausend Mark, mithin auf vierzig Millionen Mark, beschlossen. Die Erhöhung ist durchgeführt. Der Gesellschaftsvertrag vom 13. Juni 1922 ist durch den gleichen Beschluß laut Rotationsprotokolls vom 20. Oktober 1923 in den §§ 4 und 18 abgeändert worden. Hierzu wird noch bekanntgegeben: Die neuen Aktien lauten auf den Inhaber, sie werden zum Kurse von 100 %, ausgeben. Je 1000 M. Nennwert einer Stammaktie gewährt eine Stimme, jede Vorzugsaktie fünfzehn Stimmen. 7117 Amtsgericht Leipzig, Ndt. II B, 16. Nov. 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 8440, betr. die Firma Zehner & Schmalz in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Friedrich Wilhelm Schmalz ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Robert Friedrich Schmalz führt das Handelsgeschäft samt der Firma als Alleininhaber fort. 2. auf Blatt 11287, betr. die Firma Zergamentwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: August Heinrich Anders Wassermann ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Dipl.-Kaufmann Ernst Wille Müller in Schleißh. 3. auf Blatt 12703, betr. die Firma Gustav Reiter Waf. in Leipzig: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Alfred Walter Reiter ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Fritz Reiter Schneider führt das Handelsgeschäft samt der Firma als Alleininhaber fort. 4. auf Blatt 7722, betr. die Firma Wille & Co. in Reichsb. Die Firma ist erloschen. 7124 Amtsgericht Leipzig, Ndt. II B, 16. November 1923.

Auf Blatt 22683 des Handelsregisters ist heute die Firma Leopold Scheller & Söhne, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Postplatz 3/4) und weiter eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 22. September 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der An- und Verkauf von Waren aller Art der Textilindustrie, sowie der Abbruch von Gebäuden, welche hiermit direkt und indirekt zusammenhängen. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmungen, von denen sie sich eine Förderung ihrer Interessen verspricht, zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft ist bis 30. Juni 1925 eingekündigt. Wird je Monate eines Geschäftsjahres nicht mindestens 6 Monate vor Ablauf schriftlich zur Auflösung gelündigt, so verlängert sie sich jeweils um weitere 2 Jahre. Die Geschäftsjahresversammlung hat in jedem einzelnen Fall zu beschließen, ob den zu bestehenden Geschäftsführer für den Fall des Vorhandenseins mehrerer Geschäftsführer Einzelvertretungsbezugnis oder Kollektivvertretungsbezugnis zu erteilen soll. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Fabrikanten Kommerzienrat Rudolf Scheller, Rudolf von Gynzen und Albert Scheller, sämtlich in Döhlen. Die Vertretung der Gesellschaft steht jedem der Geschäftsführer selbstständig zu. Prokura ist erteilt dem Kaufleuten Carl Schuler und Wilhelm Pilscher, beide in Döhlen. Die Vertretung der Gesellschaft nur gemeinschaftlich vertreten. Weiter wird bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. 7128 Amtsgericht Leipzig, Ndt. II B, 17. Nov. 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 22227, betr. die Firma Bank für Handel und Gewerbe Aktiengesellschaft in Leipzig: Die Generalversammlung vom 24. September 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um eine Million Mark, in zweihunderttausend Aktien zu je fünfzehnhundert Mark, bestehend in zwei hundert fünfzigtausend Aktien Mark, beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 16. März 1923 ist durch den gleichen Beschluß laut Rotationsprotokolls vom 24. September 1923 in den §§ 5, 9 und 10 abgeändert worden. (Die neuen Aktien lauten auf den Inhaber. Jede Ausgabe erfolgt zum Nennbetrage). 2. auf Blatt 16990, betr. die Firma Fabrikation von Motoren-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Carl Otto Hermann Langhof ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Die Firma lautet künftig: Kurt Langhof, Reichsmotoren-Vertrieb Gesellschaft mit beschränkter Haftung. 7117 Amtsgericht Leipzig, Ndt. II B, 17. Nov. 1923.

Auf Blatt 22682 des Handelsregisters ist heute die Firma Reibel & Buchholz, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Lindenau, Markt-Deumstr. 60) und weiter eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. Oktober 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Wäschefabrik und der Abbruch aller damit im Zusammenhang stehenden Handelsgeschäfte. Das Stammkapital beträgt einhundert Millionen Mark. Auch der Vorhandensein mehrerer Geschäftsführer ist jeder der Geschäftsführer berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Oswald Reibel und Gerhard Buchholz, beide in Leipzig. Weiter wird bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. 7118 Amtsgericht Leipzig, Ndt. II B, 17. Nov. 1923.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf Blatt 388, die Firma Ernst Tietrich in Limbach betr.: Die Prokura des Kaufmanns Otto Schmidt in Waltersdorf ist erloschen; — b) auf Blatt 455, die Firma Georgi & Weigand

in Oberfrohnla betr.: Die Prokura des Kaufmanns Johannes Fritz Schmidt in Limbach ist erloschen. Limbach, 13. Nov. 1923. [7129] Das Amtsgericht. Im Handelsregister wurde heute eingetragen: I. auf Blatt 900, betr. die Firma Kurt Richter in Reichen: Die Firma ist erloschen; II. auf Blatt 892, betr. die „Hörsing“ Gesellschaft Zehrmann & Cie. in Weimöhlen: Die dem Kaufmann Erhard Rausche in Weimöhlen erteilte Prokura ist erloschen. Reichen, 17. Nov. 1923. [7130] Das Amtsgericht.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf Blatt 1273 die Firma „Berlin-Flanener Grundstücks-Aktiengesellschaft“ mit dem Sitz in Flanen i. S., und weiter folgendes: Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken, Gewährung und Annahme von Hypotheken und Darlehen, Beteiligung an ähnlichen Gesellschaften mit dem Rechte, Hilfe Beteiligung gegen Gewinn anzunehmen und einzugeben; das Grundkapital beträgt einhunderttausend Mark und zerfällt in zwanzig auf den Inhaber lautende Aktien von je fünfzehntausend Mark; der Gesellschaftsvertrag ist am 11. November 1922 festgesetzt worden; zum Vorstand ist der Gewerbetreibende Dr. Gustav Jungmann in Berlin-Hermesdorf bestellt. Ferner wird noch bekanntgegeben: Der Vorstand besteht aus einem vom Aufsichtsrat zu notariellem Protokoll zu wählenden Direktor; die Berufung der Generalversammlung und die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger; die Gründer sind der Major a. D. Otto Romm, der Kaufmann Dr. Johannes Jagemann, beide in Berlin, der Syndikus Dr. Werner Zettig in Berlin-Hakenfelde, der Leutnant a. D. Dr. Curt Thiel in Berlin-Schöneberg und der Gerichtsbekanntschaffter Georg Burt in Berlin-Treptow; sie haben die sämtlichen Aktien und zwar zum Nennwerte übernommen; den ersten Aufsichtsrat bilden der Bankbeamte Alfred Stadum, der Kaufmann Dr. Wilhelm Ruppe und der Versicherungsbeamte Fritz Rattner, sämtlich in Berlin wohnhaft. Von den mit der Anmeldung eingereichten Grundstücken, insbesondere von dem Grundstück des Vorstandes und des Aufsichtsrats kann an Gerichtsstelle Einsicht genommen werden. Das Geschäftsprotokoll der Gesellschaft befindet sich in Berlin, Rathhausstr. 13; b) auf dem Blatte der Firma Bogtdänische Textil-Vertrieb Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Flanen, Nr. 4193: Der Geschäftsführer Erich G. Wrogmann ist ausgeschieden; c) auf dem Blatte der Firma Gustav W. Schmidt, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Flanen, Nr. 3842: Der Geschäftsführer Max Paul Horbick ist ausgeschieden; der Kaufmann Friedrich Wilhelm Carl Reißholz in Flanen ist zum Geschäftsführer bestellt; d) auf dem Blatte der Firma Eduard Höning in Flanen, Nr. 1353: Ernst Eduard Höning ist aus der Gesellschaft ausgeschieden; e) auf dem Blatte der Firma Bogtdänische Königl. Zwisch-Teig- u. Zuckerwarenfabrik Rudolf Ruhnert u. Co. in Flanen, Nr. 4246: Die Gesellschaft ist aufgelöst; Kurt Erich Stein ist ausgeschieden; der Kaufmann Carl Rudolf Ruhnert in Flanen führt das Handelsgeschäft unter der abgeänderten Firma Rudolf Ruhnert allein fort; f) auf Blatt 4274 die Firma Otto Höfer in Flanen und als Inhaber der Kaufmann Max Otto Höfer, doreloft.

g) auf Blatt 4275 die Firma Alfred Erbel in Flanen und als Inhaber der Kaufmann César Alfred Erbel, doreloft. Angegebener Geschäftszweig und Geschäftsort zu 1: Fabrikation von Brauntönen und Ölfönen, sowie Großhandel mit solchen, Sämen und Lebensmitteln. (Verhöcker Str. 30; u. g: Fabrikation von Brauntönen, Sämen und Lebensmitteln, sowie Großhandel mit solchen, Cich, Zudweinen und Kolonialwaren. Höfer Str. 57. 7131 Amtsgericht Flanen, den 17. November 1923.

Auf Blatt 667 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen die Firma „Hüttenaufbau Rieja, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Rieja“. Der Gesellschaftsvertrag ist am 21. September 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens sind die verblüßige Verfertigung der Ingeheften und Arbeiter der Untere-Osmann-Lagerkammer Aktiengesellschaft mit Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs und die mit dieser Tätigkeit zusammenhängenden Geschäfte. Das Stammkapital beträgt fünfzehntausend Mark. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Der Direktor Carl Reize in Rieja-Großa ist zum Geschäftsführer bestellt. 7126 Amtsgericht Rieja, den 16. November 1923.

Auf Blatt 668 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen die Firma „Eifen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Rieja“. Der Gesellschaftsvertrag ist am 23. Oktober 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel und die Lagerung in allen Eifen- und Stahlwerkzeugen der Hüttenindustrie, insbesondere in Sägenwerkzeugen, Hämmer, Schleifmaschinen und Fertigungsmitteln aller Art. Das Stammkapital beträgt vier Millionen Mark. Zu Geschäftsführern sind bestellt: 1. der Kaufmann Hans Zerberger, 2. der Kaufmann Rudolf Zilmann, beide in Rieja. Die Vertretung der Gesellschaft steht jedem selbstständig zu. 7127 Amtsgericht Rieja, den 16. November 1923.

Auf Blatt 447 des Handelsregisters, die Firma Schokoladenwerk Schale & Filz Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Jöhotta betr.: ist heute eingetragen worden, daß dem Kaufmann Arthur Richter in Jöhotta Prokura erteilt ist. 7132 Amtsgericht Schneberg, den 14. November 1923.

Sächsische Holzversteigerungsergebnisse.

Kraut	Tag	Masse Pm	Gezahl und Form	Preis je Pm in Geldeant					
				9.12 cm	13.15 cm	16.22 cm	21.29 cm		
Waldenholz	6. 11.	146	Richte Stamm	—	—	18,35	25,17	29,70	—
		377	Richte Ring	13,34	17,79	22,00	25,00	—	—
Grünholz	7. 11.	30	Richte Stamm	—	—	—	—	—	—
		845	Richte Ring	19,79	17,86	20,85	—	—	—
Waldenholz	7. 11.	671	Richte Stamm	16,27	17,99	22,76	26,37	32,46	—
Schneefichte	7. 11.	159	Richte Stamm	—	—	17,58	24,00	29,56	—
		2382	Richte Stamm	—	—	13,41	19,00	24,74	30,30
		745	Richte Ring	6,82	13,17	16,38	20,85	25,00	34,87

